

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabend.  
Preis vierzehn Pfennig durch  
die Post bezogen 1,20 M.  
eingezogen in die  
Postleistungsliste Nr. 6482.

Abonnementpreis:  
50 M. für Ms. 3 gelöst.  
Postzettel.  
Geschäftsangelegen werden  
nicht angenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 85815 Postamt Hannover.

Verlag von A. Brey.  
Druck von C. A. S. Meister & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionsstelle: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistr. 7 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 5002.

### Die Änderung des Reichsknappschafftsgesetzes.

Die zweite und dritte Lesung im sozialpolitischen Ausschuß ist beendet. In der Nr. 19 des "Proletariers" haben wir das Ergebnis der Beratungen, soweit untere Anträge in Betracht kommen, bereits gewürdigt. Der Umfang der Knappschafftversicherung ist nur insofern etwas eingeschränkt, als Salinen nunmehr als nichtknappschaffliche Betriebe bezeichnet werden. Die Betriebe der Industrie Steine und Erden, soweit sie nicht vorwiegend unterirdisch betrieben werden, wenn sie nicht unter Absatz 2 fallen, gelten ebenfalls nicht als Knappschafftbetriebe.

Unser Versuch, den Kollegen, die als unständige Arbeiter von einer Versicherungsart in die andere wandern müssen, für die geleisteten Beiträge einen Gegenwert zu schaffen, hat zu einem, wenn auch bescheidenen, Erfolg geführt. Unser Antrag: "Scheide ein Versicherter, nachdem er die Wartezeit (§ 45 Reichsknappschafftsgesetz) erfüllt hat, aus der knappschafflichen Versicherung aus und hält er die Anwartschaft in der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung (§ 1280 der Reichsversicherungsordnung) aufrecht, dann ist er von der Zahlung einer Altersrente unabhängig" (§ 46 des Reichsknappschafftsgesetzes) besteht, wurde zwar abgelehnt, aber der Herr Ministerialdirektor Grieser erkannte die in dem Antrag liegende Tendenz dem Grunde nach als berechtigt an. Die Fürsorgestellen sollen Weisung erhalten, für erwerbslose Mitglieder der Knappschafftversicherung während der Dauer der Erwerbslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit die Anerkennungsgebühr für die Anwartschaft zu leisten. Eine dahingehende Entschließung wurde vom Ausschuß angenommen:

Der Ausschuß ersucht die Reichsregierung, möglichst bis zur zweiten Lesung des Entwurfes in der Vollversammlung des Reichstages eine Vorlage zu unterbreiten, die für Erwerbslose oder vorübergehend Erwerbsunfähige die Schwierigkeiten in bezug auf die Entrichtung der Anerkennungsgebühr beseitigt."

Der zweite Antrag, der die Beitragsleistung für die Knappschafftinvalidenversicherung beim Ausscheiden aus knappschafflichen Betrieben behandelte, fand allerdings keine gute Aufnahme in dem Ausschuß. Der Antrag bezweckte, die geleisteten Beiträge in der knappschafflichen Versicherung auf die reichsgesetzliche Invalidenversicherung anzurechnen.

Der Verlust der Beitragswerte der in der Knappschafftzwangsläufig versicherten und ebenso durch Arbeitslosigkeit, Arbeits- und Berufswchsel zwangsläufig aus dieser Versicherung heraustratenden Kollegen sollte durch folgenden Antrag verhindert werden:

"In die Wartezeit beim Ausscheiden aus der knappschafflichen Versicherung noch nicht erfüllt, so erhöht sich die Rente aus der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung um die Steigerungsbeträge, die der Versicherte für die geleisteten Beiträge zur Knappschafftversicherung auf Grund der Zahlungen haben würde, wenn er die Wartezeit erfüllt hätte."

Der Reichsarbeitsminister bestimmt das Nähere über die Erfassung der Beiträge an die Träger der Invalidenversicherung."

Dieser Antrag bekam nur die Stimmen der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder der Kommission. Er wurde bekämpft von den Knappschafftvertretern und dem Ministerialdirektor Herrn Grieser. Besonders mit dem Einwand, daß der Antrag beträchtliche Kontrollprüfungen und dadurch Verwaltungskosten veranlaßte. Aber es ist von dem Herrn Ministerialdirektor Grieser dem Kollegen Brey zugesagt worden, daß eine Lösung dieser Frage für die zweite Lesung in der Vollversammlung des Reichstages vorgeschlagen wird.

Unsere Kollegen, soweit sie dem unentzündbaren Zwange der Wanderversicherung unterliegen, haben somit Aussicht, vor volligem Verlust ihrer in der Knappschafft geleisteten Beiträge für die Invalidenversicherung etwas geträumt zu werden durch Aufwertung ihrer Ansprüche an die reichsgesetzliche Invalidenversicherung.

Der neue § 2c legt den Arbeitgebern der ausscheidenden Betriebe die Verpflichtung auf, den Kapitalwert bereits laufender Pensionen an ehemalige Versicherten und eine angemessene Entschädigung für die in den ausscheidenden Betrieben erworbenen Anwartschaften der Versicherten zu erkaufen. Diese Bestimmung durch Ersuchen um eine Regelungserklärung so zu formen, daß die Belastung die Unternehmer nicht abschreckt, aus der Knappschafftversicherung auszuscheiden, ist leider nicht gelungen. Man will ja gute "Wagnisse", das heißt Versicherte, die wohl zahlen, aber nicht in die Gewisse aller Rentenanfälle gelangen, der Knappschafft erhalten.

Die dritte Lesung hat dann noch ganz unangenehme Überraschungen der manngeschäftigen Art gebracht.

Die zweite Lesung brachte eine Angleichung der Anforderungen an die finanziellen Leistungen der Versicherten, bei leibe keinen Ausgleich. Die Invalidenpension sollte ohne Nachweis der Erwerbsunfähigkeit gewährt werden, wenn der Versicherte 55 Jahre alt ist und eine 25jährige Versicherungsdauer nachweist; in diesem Falle war der Bezug nicht an die Vertrichtung wesentlich bergmännischer

Arbeit geknüpft. Die Versicherten aber, die bei 25jähriger Versicherungsdauer noch 15jährige wesentlich bergmännische Arbeit nachweisen konnten, sollten die Invalidenpension nach Vollendung des 50. Lebensjahres erhalten. Das war gegenüber dem geltenden Recht ein kleiner Abbau der Ungerechtigkeit in der Erfüllung der Leistungen an jene, die keine bergmännische Arbeiten verrichtet haben; wurde aber auch den eigentlichen Bergarbeitern gerecht. Die Bestimmung ist ausgeräumt, ja mehr, sie hat einer Verschlechterung des alten Rechtes Platz gemacht.

Die Regelung der Invalidenpension wird durch die Beschlüsse, für die der Knappschafftblock einstimmig sich einsetzte, aus dem Rahmen der gesetzlichen Bestimmung herausgeworfen, um sie durch Sondervorschriften regeln zu lassen. Das ist eine Verschlechterung besserer Art. Dann treten als

heute zahl ich meinen zwölften Extrabeitrag, sprach der Kollege Treu, denn es ist nun einmal meine Überzeugung, daß schnelle Hilfe doppelter Hilfe ist. Deshalb habe ich, so

ich es nur konnte, meiner Pflicht genügt. Durch meine Schuld soll die Organisation, sollen die Arbeiterlosen und Kämpfenden nicht in eine mißliche Lage kommen. Ich wünschte auch nicht,

wie

ich, der ich noch voll arbeite, es verantworten könnte, wenn die mit ihren Kindern sich in Not befindenden Verbandsmitglieder unter meinen Saumeligkeit leiden müßten. Ist es denn überhaupt

möglich

dass jemand, der selbst in Not und Entbehrung aufgewachsen ist, froh sein kann, solange er nicht seine Pflicht gegenüber den darbenden Kollegen mit ihren Familien getan hat?

zweite "Verbesserung" an Stelle der dreihundert Beitragsmonate dreihundertsechzig.

Die Altersgrenze von 50 Jahren ist glatt ausgeräumt. Die in Frage kommenden Änderungen wurden durch folgende Anträge erreicht:

Der Ausschuß wolle beschließen:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Im § 1 wird Absatz 2 gestrichen:

2. Als § 2c wird neu eingefügt:

1. Für die Versicherten in Betrieben des Steinkohlenbergbaus können die Sondervorschriften bestimmen, daß Berufsunfähigkeit auf Antrag auch dann als vorhanden angesehen wird, wenn der Antragsteller das fünfzehn bis fünfzig Jahre alte Lebensjahr vollendet, dreihundertsechzig Beitragsmonate in knappschafflich versicherten Betrieben zurückgelegt hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet.

2. Für Versicherte in Betrieben anderer Art kann auf Antrag der Reichsknappschafft oder einer Bezirksknappschafft der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats bestimmen, daß Berufsunfähigkeit auf Antrag auch dann als vorhanden angesehen wird, wenn der Antragsteller das fünfzehn bis fünfzig Jahre alte Lebensjahr vollendet, dreihundertsechzig Beitragsmonate in knappschafflich versicherten Betrieben zurückgelegt hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet.

3. Die Bestimmungen nach Absatz 1 und 2 können auf Gruppen von Versicherten beschränkt werden.

3. Im § 61 fällt der Absatz 2 weg.

4. Als § 62 wird eingefügt:

2. Die Vorschriften des § 2c gelten entsprechend für technische Angehörige.

Für den Bezug der Invalidenpension hatte das geltende Recht Steigerungssätze vorgesehen, die innerhalb eines Knappschafftbezirks vom Bezirksvorstand alljährlich, spätestens bis zum 1. Oktober, für das folgende Kalenderjahr festzulegen waren. Die Beschlüsse der zweiten Lesung brachten feststehende Steigerungssätze sowohl für Bezieher des Invalidenhegeldeles als auch für die Bezieher des Altersruhegeldes. Die "Ausgleichskommission" — lies Knappschafftblock — brachte da eine Herabsetzung der Steigerungssätze in folgendem

Antrag:

Der Ausschuß wolle beschließen:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Im § 9 Absatz 2 erhält Satz 2 folgende Fassung:

Für die nachgewiesenen ersten sechzig Beitragsmonate wird der Steigerungssatz auf  $\frac{1}{2}$  vom Hundert, für die weiteren sechzig Beitragsmonate auf 1 vom Hundert, für die weiteren

einhundertsechzig Beitragsmonate auf 1,85 vom Hundert festgesetzt; für die übrigen Beitragsmonate wird der Steigerungsbetrag auf  $\frac{1}{2}$  vom Hundert (nach den Beschlüssen erster Lesung 1 vom Hundert) festgesetzt; die Satzung kann ihn bis auf 1 vom Hundert erhöhen, jedoch nicht vor dem 1. Januar 1930.

Die gleiche Bestimmung wurde auch im § 11 Absatz 3 eingefügt.

Der § 9 erhält als neuen Absatz 2:

2. Die Gesamtbezüge der Hinterbliebenen dürfen 80 vom Hundert des durchschnittlichen Verdienstes der höchsten Lohngruppe, welcher der Versicherte angehört, bei nicht überholigen, sonst werden sie gleichmäßig gekürzt. ... Ausschieden eines Hinterbliebenen erhöhen sich die Leistungen bis zum zulässigen Höchstbetrag."

2. § 61 erhält als Absatz 2 neu:

2. Die Vorschriften des § 9 Absatz 2 gelten entsprechend. In einem dritten Auflauf kommen wir auf Änderungen in der Beitragsfrage und Verfassungsfrage zu sprechen.

Diese Änderung ist ein Entgegenkommen an jene Kreise, die die Leistungen der Knappschafft als zu hoch bezeichnet haben. Erzählte man doch landauf landab, daß Witwen nach dem Tode ihres Mannes sich materiell besser gestanden als zu der Zeit, in der der Ernährer noch lebte. Das waren zwar übertriebene Verallgemeinerungen, aber es blieb ihnen der Erfolg nicht versagt. In einer Reichskonferenz haben die Vertreter der Bergarbeiter einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die vorliegenden Beschlüsse unter keinen Umständen Gesetzeskraft erhalten dürfen. Sie erwarteten, durch neue Anträge die geltende Rente und eine Änderung der Verfassung zu bekommen. Wir rechnen auf solche Änderungen nicht. Die sozialdemokratische Fraktion wird ernsthaft zu prüfen haben, ob sie dem Gesetz zustimmen kann. Wir würden im Falle der Ablehnung keine Tränen vergießen

### Bericht des Coues 7 über das Jahr 1925.

Weil uns das Jahr 1924 nicht die erhoffte Besserung auf dem Wirtschaftsmarkt und damit in der Lohnentwicklung brachte, hat mancher eine bessere Entwicklung für das Jahr 1925 erhofft. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, wenn auch im ersten Halbjahr wesentlich Fortschritte in der Lohngestaltung erreicht werden konnten. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes kommt durch die Betriebsstilllegungen deutlich zum Ausdruck. Im ersten Halbjahr wurden beim Ministerium gemeldet 254, im zweiten Halbjahr bereits 1105 Stilllegungen. Davon entfielen auf unsere Industriegruppen rund 200. Die Verschlechterungen im zweiten Halbjahr auf dem Wirtschaftsmarkt wirkten auch ungünstig auf die Mitgliederentwicklung unseres Verbandes.

Im Anfang des Berichtsjahrs hatten wir im Jan. 55 547 Mitglieder und am Ende des Jahres 55 178, das ist ein Verlust von 369 Mitgliedern. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 17 539, das sind rund 31,5 Prozent. Am Schluß des Jahres waren 32 Jahrestellen vorhanden. Obwohl sich mit Rieka verschmolzen, die Durchschnittsbeitragsleistung pro Mitglied und Quartal war anfangs gut mit 12,16, sie sank dann im vierten Quartal herab auf 10,91 Beiträge. Die Ursache dieses Rückgangs liegt ohne Zweifel in der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Durch die nach dem Verbandsstag eingeführten höheren Beiträge war es möglich, der Hauptkasse 551 910 Mk. einzutragen gegen 390 949 Mk. im Vorjahr. Der Bestand der Lokalkassen im Jan. betrug Ende 1924 27 129 Mk., Ende 1925 77 010 Mk., das sind rund 50 000 Mk. mehr. Der Friedensstand von 1913 mit 282 066 Mk. ist damit allerdings noch lange nicht erreicht.

Von der Couleitung wurden insgesamt 76 Tarifverträge für den ganzen Bezirk und 16 Ortsärzte abgeschlossen. Hierbei machten sich 452 Sitzungen, Versammlungen, Konferenzen und Verhandlungen notwendig. Neben diesen direkten Lohnverhandlungen waren zu erledigen die Streitfälle in den sachlichen Schlichtungsausschüssen. Für die chemische Industrie, Sektion Vs., waren anhängig in den Jahren 1922 bis 1925 insgesamt 263 Streitfälle, in der Papier-Industrie vom Januar 1920 bis Ende Dezember 1925 144 Streitfälle. Auch in den übrigen Industriezweigen waren eine größere Anzahl Differenzen zu lösen.

Der Postverkehr im Großraum umfaßt 3048 Einladungen und 5857 Ausgänge. Im Verkehr mit den Jahrestellen und Tarifämtern machen sich notwendig 380 Rundschreiben und Lohnabellen nebst anderen Drucksätzen in Höhe von 21 000 Exemplaren.

Zum Abschluß der Lohnarbeiten wurden 74 Lohnbewegungen mit Erfolg, zwei ohne Erfolg durchgeführt. In sieben von allen Streitfällen mußte die Belegschaft zum Streik greifen, da auf friedlichem Wege eine Versöhnung nach Erreichung sämtlicher Instanzen nicht möglich war. Auch in denjenigen Industriegruppen, wo die Bewegungen ohne Streik durchgeführt wurden, mußten sämtliche Tarifinstanzen sowie das Arbeitsministerium oder der Landesrichter in Sachsen als letzte Instanz in Anspruch genommen werden.

Die Löhne für sämtliche Industriegruppen lagen Ende des Jahres fast mit einem Stundenlohn von 61 bis 62 Pf. für Arbeiter in der Ortsklasse 1. Die Frauenlöhne betrugen durchweg 60 bis 70 Prozent der Männerlöhne.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Lohnbewegungen für unsere Mitglieder bis in den Oktober hinein günstig verliefen, während zum Schluß des Jahres alles drangsaliert werden mußte, die alten Löhne zu halben und Lohnabellen zu verhindern. Die wirtschaftliche Entwicklung der Industrien in Sachsen wird auch in nächster Zeit nicht stark aufwärts gehen, sondern es ist mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Wenn daher Verschlechterungen abgewehrt werden sollen, ist es unabdinglich notwendig, daß die Arbeiterschaft in den für uns zuständigen Industriegruppen sich mehr als bisher in der Organisation zusammenfindet und dort mithilft, Verbesserungen zu erzielen. Nur große, leistungsfähige Organisationen sind imstande, der Arbeiterschaft Schutz gegen Angriffe zu bieten und Verschlechterungen auf allen wirtschaftlichen und sozialen Gebieten abzuwehren.

Im übrigen verweisen wir unsere Mitglieder auf den Bericht im Jahrbuch, für dessen großen Absatz die Jahrestellen sehr dankbar sind.

# Aus der Industrie

## Chemische Industrie

### Verteidigung der Gaskampfstoffe.

Im vorigen Jahre erschien ein Buch "Der Gaskampf und die chemischen Kampfstoffe" von Julius Meyer. Der Inhalt des Buches ist von Fräulein Dr. Gertrud Woker, Vorstand des Laboratoriums für physikalisch-chemische Biologie der Universität Bern, im abnehmenden Sinne besprochen worden. In der "Chemiker-Zeitung" vom 5. Mai antwortet der Verfasser Julius Meyer auf die Ausführungen Wokers in einem Sinne, der nicht unumstritten bleiben darf. Davorstellt soll festgestellt werden, daß die "Chemiker-Zeitung" sich als Fach- und Handelsblatt für Chemiker, Hüttenleute, Ingenieure, Fabrikanten, Apotheker und Großhändler bezeichnet und der Inhalt stark wissenschaftlich gehalten ist. Der Artikel Meyers läßt sich der Form nach kaum mit den übrigen Artikeln vergleichen, da er stark polemisch ist, sich vorwiegend auf Ausführungen eines Schweizer Offiziers, Hauptmann A. Schleich, stützt und es unterläßt, für die angegebenen Behauptungen Beweise zu erbringen.

Der Gedankengang Meyers in dem Artikel ist, daß die Länder verpflichtet sind, den Gaskampfstoffen ihre Aufmerksamkeit zu widmen, um im gegebenen Augenblick gerüstet dazustehen. Die Anwendung der Gaskampfstoffe bringt eine Humanisierung der Kriegsführung, die die Schrecken verschaffter Kriege herabmindert. Die von Dr. Woker geäußerten Bedenken, daß der kommende Gifkgaskrieg grausamer sein wird als alle vorhergegangenen Kriege, daß vor allem die Zivilbevölkerung durch die Anwendung von Gifgasen mit in die Kampfhandlung einbezogen wird, versucht Meyer mit einer einfachen Handbewegung beiseite zu schoben. Das Bestreben, den kommenden Gaskrieg zu bekämpfen und die besondere Grausamkeit dieses Kampfverfahrens hervorzuheben, nennt der Verfasser eine verlogene Agitation. Da er sich einzigt und allein auf die Angaben eines Offiziers stützt, dürfen seine Argumentationen bei Normalmenschen die richtige Wirkung finden. Es ist bekannt, daß Militärs, um ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen, die Bevölkerung stets mit neuen militärischen Problemen beglücken. Der Hauptmann Schleich vertritt also in diesem Falle seine Bevollmächtigten. Herr Julius Meyer jedoch vertritt in dem Artikel die Interessen der chemischen Industrie — wir nehmen nicht an, daß er eingeschworener Kriegsanatiker ist — und es bleibt bedauerlich, daß seinen Anschauungen in einer Zeitschrift, die als wissenschaftliches Mitteilungsblatt betrachtet werden kann, der breite Raum eingeräumt wurde.

Läßt schon die Art der Erwiderung Meyers erkennen, daß er seine Anschauungen in wenig gewählter Form propagiert, indem er von verlogener Agitation und ähnlichen Dingen spricht, so rufen seine sachlichen Ausführungen entzündlich starkes Bestreben hervor. Bissher wurden die Gaskampfstoffe in den Veröffentlichungen der Kriegsfreiberich ihrer Wirkung gerühmt und ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß bei Anwendung dieser Stoffe der Krieg darum nur kurze Zeit dauern kann, weil die Zivilbevölkerung durch massenhaften Abwurf von Gifgasen zerstört und vernichtet würde. Herr Meyer kommt hier und behauptet nur mehr, daß diese Angaben aus bösem Willen oder mangelnder Sachkenntnis übertrieben sind. Er stellt allen Ernstes die Behauptung auf, daß durch die Anwendung von Gifgasen eine Verminderung der Grausamkeit der Kriegsführung erreicht wird, weil durch das Einspielen von Gifgasen die Truppen kampfunfähig gemacht, aber nur in kleiner Zahl getötet werden. Verwundungen durch Gifte hinterlassen viel seltener Arbeitsfähigkeit als Verwundungen durch Kugeln und scharfe Waffen. Alleen wird die Krone aufgesetzt durch die Bekämpfung, daß durch Gifte Verwundete weniger

unter Tuberkulose als normale Männer unter gleichen Umständen zu leiden haben. Sogar schon ein beträchtlicher Teil der Fälle von Arbeitsunfähigkeit auf Gesundungskosten durchgesetzt wird, so ist das ein Ergebnis, man muß Krebskosten für die Arbeitsunfähigkeit verantwortlich machen.

Mit diesen Angaben zeigt sich Herr Julius Meyer als gefährlicher Spötter der chemischen Großindustrie. Nach seiner Ausschaffung ist der Krieg eine Möglichkeit für die Menschheit, denn durch Giftgase vergiftete Menschen werden gegen Tuberkulose immun. In der chemischen Großindustrie werden die Arbeiter nach Angaben der Unternehmer von Tuberkulose getroffen oder davon verschont, wenn sie in Friedenszeiten arbeiten. Ganz besonders zu erwähnen soll den Arbeitern in der chemischen Industrie die Säure Laut, und in neuerster Zeit haben wir aus dem Munde eines prominenten Vertreters der chemischen Industrie hören müssen, daß die Gefahren in der Sprengstoffindustrie herabgemindert werden, wenn die Arbeiter möglichst viel im Akkord schufsten.

Wenn also die chemische Industrie den Arbeitstag verlängern, die Überarbeit einführen oder Giftgase in großem Umfang für Kriegszwecke liefern will, werden jedesmal unter dem Deckmantel der Wissenschaft der Menschlichkeit in das Gegenteil verkehrte Tatsachen unterbreitet. Dagegen haben wir uns bisher in bezug auf die Arbeitsverhältnisse erfolgreich gewehrt, und es ist der ganzen Öffentlichkeit längst geläufig, wie die Angaben der Unternehmer der chemischen Industrie in bezug auf die Gesundheitsverhältnisse der Ar-

beitenden dieser Industrie zur Verteidigung zu stellen. Ihr Gewissenhaftkostüm wurde sich sehr schnell legen. Aus den Erfahrungen des letzten Krieges können wir zwar nicht befreien, daß die chemische Industrie durch die Lieferung von giftigen Gasen ganze Geschäfte gemacht hat, möchten aber darauf hinweisen, daß für die Industrie auch Entschuldungsmöglichkeiten gegeben sind, wenn sie sich von giftigen Kriegsmaterial fernhält und Erzeugnisse produziert zur Belebung der Menschheit herstellt. Die Arbeiter speziell der chemischen Industrie, haben im Schuhengraben nur in der Fabrik ihre Rant zu Markt tragen müssen und dabei nicht einmal ihre Familie vor dem größten Krieg bewahren können. Sie werden Maßnahmen ergreifen, daß dem Profitinteresse der chemischen Großindustrie der verbrecherische Weg zu einem neuen Kriege verbannt wird.

### Krieg ist Janier.

Durch die gerichtliche Bestätigung eines Emanzipationsvertrages der den Südbürgern 60 Prozent ihrer Fortsetzung bringt, wurde die Kuriosität Kurt Krippe in Groß-Salze bei Magdeburg Janier. Damit sind die Zahlungsschwierigkeiten beseitigt und es erhält die Geschäftsausübung.

### Papier-Industrie

#### Soziale Verbrechen.

So oft wie bei den Verhandlungen mit den Unternehmern und den sozialen Schlichtungskommissionen in den Lohn- und Arbeitszeitfragen darauf hingewiesen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Löhnes einen sozialen Verbrechen an der Arbeiterschaft gleichnamig fanden wie bei den Unternehmern selbst den sozialen Widerspruch. Erfreulicherweise — erfreulich bestimmt nicht für die davon betroffene Arbeiterschaft — wird unsere Ausschaffung jetzt durch einen Dr. C. (Cörper?) bestätigt, der in Nr. 18 des "Papierfabrikanten", Jahrgang 1920, einen Artikel über "Beispiele sozialer Wohlfahrtspflege in einer Dürener Feinpapierfabrik" bringt, mit dem wir uns nachstehend kritisch befassen.

Bekanntlich gehören die Dürener Feinpapierfabriken mit zu den ersten Betrieben der deutschen Papiererzeugungs-Industrie, die auf Grund des Schiedsvertrages vom 8. März 1924 und unter Mitwirkung des berüchtigten Schriftstellerkollegiums die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit einführten. Im Dürener Industriegebiet dürfte heute kaum eine Papierfabrik sein, in der nicht das Zweischichtensystem und die neun- bis zehnstündige Arbeitszeit für Tagarbeiter besteht. Mit der Einführung der verlängerten Arbeitszeit sanken gleichzeitig die Löhne, so daß die Dürener Papierarbeiter in der Lohnentwicklung heute innerhalb der deutschen Papiererzeugungs-Industrie nicht nur mit an leichter Stelle stehen, sondern daß sie heute bei auskönniger Arbeitszeit kein höheres Einkommen haben als früher bei achtstündiger Arbeitszeit.

Die von Dr. C. für die eine Papierfabrik geschilderten sozialen Zustände dürfen deshalb für das gesamte Dürener Industriegebiet — und man geht nicht fehl, wenn man behauptet, für die gesamte Papiererzeugungs-Industrie in Rheinland-Westfalen — maßgebend sein.

Nach Dr. C. beschäftigt die in Frage kommende Dürener Feinpapierfabrik — deren Name leider leiderlicherweise nicht genannt wird — rund 400 Arbeiter und Arbeiterinnen. Unsere schon oft und wiederholt aufgestellte Behauptung, daß die Löhne der rheinisch-westfälischen Papierarbeiter Hungerlöhne im wahrsten Sinne des Wortes sind, bestätigt Dr. C. durch folgenden Satz:

Wenn auch die Verdienstverhältnisse durch die häufig nur mit Mühe aufrecht erhaltenen Dauerbeschäftigung während des ganzen Jahres relativ günstig sich gestalten, so muß doch bemerkt werden, daß die Einkommen gerade ausreichend war für die vitale Bedarfserfüllung.



heiter zu werben sind. Nunmehr müssen wir den Kampf aufnehmen gegen übergeschüppte Kriegstreiber, die der Welt einreden wollen, daß nicht die Interessen der chemischen Großindustrie, sondern allgemeine Menschlichkeit die Triebfeder ihres Handelns sei. Es ist nach allen bisher bekanntgewordenen Angaben nicht wahr, daß der Gaskampf den Krieg humanisiert. Richtig ist vielmehr, nach allen bisherigen Angaben von Fachleuten, daß der Gaskampfkrieg, wie ihn sich die chemische Großindustrie vorstellt, ganze Völker zu vernichten in der Lage ist, und daß die Völker dadurch ins Elend kommen, daß die kühnste Phantasie übersteigt. Wir müssen den Herren, die sich so stark für Gaskampfmittel und Gifkgaskrieg ins Feld legen, schon empfehlen, die Wirkung am eigenen Leibe erst einmal anzuprobiieren oder sich der chemischen Großindustrie als Arbeiter bei der Her-

## Auswanderungslustigen zur Begehung!

### II.

#### Das ideale Ureiselsleben auf eigener Scholle.

Auf dem Leben auf dem "Stadtplatz" findet sein Ende. Es steht dermeiste Land zur Verfügung und es erfolgt die Bebauung an die angehenden Kolonisten. Die Männer ziehen die Siedlung auf dem Baume und das unerträgliche Kacoa (Kakao) auf der Seite, auf Haushof am, um eine grüne Kapelle auszutragen, in deren Nähe die Niederschlag erfolgen soll. Auf kleinen Pfeilern (Säulen), die vor den Siedlungswalls und einem Gemüse von Schlagschlügen aller Art überwältigt sind, so daß wir hier oder dort ein vereinzelter Gartenstrand den Graben erleben über Bäumen und abgedrehtes Unterholz geht es des Waldes in der Freiheit zwischen vorwärts. Je heiter das Klima, desto freier wird der "Landschaftspark" nicht von der Siedlung der Freizeit immer die Linie des geringsten Widerstandes. Da Siedlerin ist in den Weg fallen in Gefahr von Steinen, Stecknadeln, Schildkröten u. s. w., geht man über uns den Weg, mit dem guten Ziel, bei passender Gelegenheit einzutragen.

Ist eine günstige Wahlstelle gefunden, wird die nächste Umgebung erobert und abgeriegelt. Die Familie wird nachgeholt, indem die letzten handelsfertiger Werkzeuge aus dem Lager verlost werden, die nächsten drei Kinderlinie übernommen, bis das Ziel erreicht ist. Alle Hände gehen aus Werk, bis ein Amigo (Hofherr) errichtet ist, nach die gesuchte Brücke bei Siedlungswall, um die versteckte Linie zu lösen. Wer kennt es nicht, eine Tropenart, die Schildkröte, ein eingeschlossenes Schildkrötenhäuschen? Gegen so eine Schildkröte sieht man sich durch Einschluß und Verbrennen zu schützen.

Die nächste Sorge ist die Herrichtung von Pflanzenland. Alle benötigten Arten gehen auf der Seite, einer geschickten Siedlerin des Kastells, in Form zu die unzähligen erstaunlichen Pflanzensammlungen und eine Reihe von der anderen geplagten Tropenfiebern, wie Schildkröte, Vogelfieber, bis zur Größe einer Stadt, Sicherheit, u. s. w. wird aufzubringen, da es eine besondere Sorge für das Menschenbild. Deren Gesicht, eine Sonnenbrille (Fagnare), Schildkrötenzettel verschiedenes Art und Größe, die hier an den Sammlern erstaunlich, um in den Sammlungen einen Sonnenbrand zu erhalten, alles wird benötigt werden. Es das Unterkunft gebraucht ist, geht es an den Menschen, jeder nach seinen Kräften und Erfahrungen auf diesem Gebiete. Diese werden die Säume gefüllt, eine für den Menschen häusere und nicht unerträgliche Arbeit. Auch etwas leichter Lügen und Schwinden, die Menschen die Wohlfeilen mit unerträglichem Gefühl zusammen, das nicht sich begrenzt. Die Säume hat nun freien Satz, und

bei einer Temperatur bis 80 Grad Celsius mittags in der Sonne und bis 40 Grad im Schatten wird das seines Nachboden bestreite Urwaldstück brandtei. Wohlträg ist das seines Nachs. Nicht, es besteht alles innige Gestraße und die kurzen Hie. Ein schweres Durcheinander von angebissenen Schwellen und Kämpfen, von abgebrochenen dicken Ästen und Wurzeln hilft nunmehr das Säulenland, in welches das Samenkorn gelegt wird. Zunächst Schuh und Mats, die unerträglichen und wichtigsten Rohstoffmittel.

Die Hoffnung auf die kommende Ernte lebt alle Erwartungen leichter erlösen. Man beginnt sich mit den landesüblichen drei Mahlzeiten, Brot, Käse, Käse und Fleisch, und freut sich, wenn man die noch hat. Das letzte Waschfest oder ein sonstiger Gegenstand von Werk wird dafür hingegeben, mehr und mehr kommt die Verzierung zu ihrem Rechte. Röde für die Kinder, die noch am Leben sind, gab es schon lange nicht mehr, desgleichen weder Fleisch noch Fett. Von dem so viel gepriesenen Wildreichum des Urwaldes ist noch nichts zu hören, groß und großer wählt die Rot, die da und dort schon zur Verzierung aussieht. Der Urwald trübt sich gegen das Übertragen der Kultur in einem Maße, das Bewunderung und Schreck zugleich erzeugt. Ungefährige Insekten verunsicherter Art peinigen Menschen und Tier Tag und Nacht.

Der Tragödie gestalteten sich die Verhältnisse in der genannten Kolonie Sammeln in Abreiu im Staate Paraguay, als in den Jahren 1922/23 eine Fieberepidemie mit hoher Sterblichkeit auftrat. Die unerträglichen und unerträglichen Körper der Kolonisten gaben einen vorzülichen Reizanziehungsbogen dafür ab. Sehr wenig Niederschlägen gab es, in denen keine Anzeichen zu verzeichnen waren. Und dabei kein Arzt, keine Hilfe von irgendwelcher Seite, da jeder mit sich selbst zu mir hoffte. Kranken keine Verhöre konnten nicht bearbeitet werden, weil die Arzte hierzu schließen, und das bei tropischer Hitze. Auf Bäumen und Felsen sind dann die Krankheiten in höchster Qual das Kreislaufsystem haben auf irgendeinem Gesetz die Erde befreit und die Verhältnisse verschärft. Eine Unzahllos des Alters und die Leidende liegen auf dem Boden der versteckenden Siedlung zum Opfer. Eine Familie des Hofsmeier hatte fünf Verstorbenen zu beklagen, eine Familie des Schildkröte oder Schildkröte Familiengeschäft, ein aus Siedlungsgemachter Familiengeschäft hat sich im Ziederbach zu verstecken durchzutasten.

Die Fieberepidie an die Koloniesiedlung und an das deutsche Kolonial verhältnis angehört. Derdeutsche Menschlichkeit wünscht endgültig zu zeigen. Auch die Indianer des angrenzenden Gebietes hatten unter der Fieberepidemie zu leiden und zahlreiche Opfer zu beklagen. In längster Zeit war ein Arzt mit Pflegepersonal und Krankenstellen zur Stelle, um Hilfe zu leisten. Die Indianer und auch Menschen und es ist durchaus menschlich, wenn

ihnen Hilfe gebracht worden ist in ihrer Vein. Die deutschen Siedlergruppen sind anscheinend minderen Wertes, weil man sie ebenfalls hat verkommen lassen. Es kommen ja immer neue Lizenzen. Deutschland ist ein unersiegbarer Vorrat, weshalb da Rückzug über?

Da unter diesen Umständen alle Träume und Ideale, die man sich im Bergarten setzen, bestehen, bestehen der modernen Siedlung vom Urwaldbleiben vorgezeichnet hat, schnell verloren sind, doch man die Stunde verfliegt, in welcher der Erfolglosigkeit gefangen werden ist, auszuwandern, ist leicht verständlich. Wer noch die Kraft in sich führt, zieht diese Stätte des Grauens, um in der nächsten Stadt zu einer Unserheit für die Trümmer der Christen und Unterkommen zu suchen. Den selben Weg den Monate vorher hoffnungslos und gesunde Menschen zurückgelegt haben, bestätigt jetzt körperlich und seelisch traurige Rückwandler, Herzweissung und Ruhe im Herzen.

Vorstehende Dokumente sind durchaus die Regel, wie ein Artikel der Deutschen La-Plata-Zeitung (Buenos Aires) bei Befragung einer deutschen Siedlung in Paraguay beweist. Diese Zeitung schreibt am 8. April 1923:

Das Habenau heißt die blühendste Siedlung auf beiden Ufern des Rio Parana, der stellt, ist ausgiebiglich dem Umstand zu verdanken, daß sich ihre Gründer dafür entschieden, erfahrene deutschstämmige Waldarbeiter zur Besiedlung des Urwaldes heranzuziehen. Aber trotz der heroischen Anstrengungen dieser bemühten Einwohner ist es in den ersten Jahren mehr als einmal aus, ob wenn dieses Unternehmen ebenso scheitern sollte als andere vorherstehend triumphierte über die Schwierigkeiten, die in Gestalt von Chaco (Malaria), tropischen Kinderkrankheiten und anderen Plagen der Wildnis den Befand der Kolonie ernstlich bedrohten.

Die Kolonie Hohenau erzählt in der ersten Etappe ihrer nunmehr 25 Jahre alten Geschichte von all den unzähligen Schwierigkeiten, welche die Eroberung des Urwaldes mit sich bringt. Das erste Dorftrupp von Kolonisten ging förmlich an Krankheiten und Erkrankungen zerstört. Domestiziert der Kinder der Kolonie erlagen einer schlechten Kratzkrankheit (Anchylostomiasis); ein Berliner Chepaar beging aus Verwirrung Selbstmord. 1920 waren es nur zwei Familien, die als erste in dieser Wildnis landeten. Dieses Kleinsten Menschen wäre ungewöhnlich und der Übergang besiegt gewesen, wenn nicht ein neuer Trupp deutschstämmiger Kolonisten eingetroffen wäre. Es waren dies Waldbauer vom allerhöchsten Stand und nicht ohne Mittel. Aber auch sie hatten fünf Jahre hindurch einen verzweifelten Kampf zu kämpfen, bis sie es, bei allerhöchsten Paroxysmen, zu einer gesicherten Siedlung brachten. Von den Hohenauer Pionieren leben aber heute in der Kolonie nur noch wenige, der anderen Leben sind durch den aufreibenden Erwerbskampf einen vorzeitigen Abschluß.

K. Kuhnert

Die den Artikel des Dr. C. angemalte gelegte Münchner Zeitungspapierpflege befürwortet seit dem Jährlin in ihrer Arbeits- und Sozialpflege eine angestellte Förderein, in deren Aufgaben es u. a. auch gehörte die Haushaltungsansgaben der Verhältnisse der Arbeiterfamilien zu prüfen. Diese vorgenommenen Untersuchungen liefern nach Dr. C. folgendes bezeichnende Ergebnis:

Statt jährliche sechsmalig noch gegenüber früher außer dem Arbeitseinkommen des Mannes bei einer einzigen Arbeitserwerb auf dem Betrieb verfügbaren Einkommen aufzutreten waren, die noch im vorherigen Jahre bei Beimischung der Hälfte der Arbeiterfamilien durch die Zeitungspapierpflege in den Unterhaltungsansgaben der Familie dienten. Der Verlust dieses wichtigen Einkommens bestand so groß, daß aus der allgemeinen Kritik des Münchner Zeitungspapierbetriebs.

Dr. C. gibt also offen und uneingeschränkt zu, daß trotz zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit der Verdienst des Arbeiters in der Münchner Zeitungspapier-Industrie zur Ernährung der Familie nicht ausreicht und daß Frau und Kinder mitverdienen müssten, um wenigstens das nötige Dasein zu gewährleisten. Der Wegfall dieser Nebenerwerbseinnahmen durch Frau und Kinder hat die wirtschaftliche Lage der Münchner Papierarbeiter geradezu katastrophal gestaltet. Hierüber schreibt Dr. C.:

Um auf eine der wichtigsten Folgen dieser Entwicklung (Wegfall der Nebenerwerbseinnahmen) hinzumessen, sei nur erwähnt, daß in vielen Fällen zur Ausübung notwendiger Wäsche und Kleidungsgegenstände bis zur nächsten Lohnzahlung geborgt werden mußte. Dies führt vornehmlich in kinderreichen Familien zu einer abfolgnerwarten Beschränkung des Nahrungsconsums, indem z. B. nachweislich Milchreduzierung bei stillenden Müttern und kleineren Kindern vorgenommen wurde und z. B. auch das Essen der arbeitenden Mamas in seinem Nährgehalt durch Begrenzung der Fleischzulage eine bemerkenswerte Einsparung erfuhr u. a. m.

Infolge dieser chronischen Hungersnot und zweitens auch infolge der verlängerten Arbeitszeit stieg in diesem Betriebe die Zahl der Krankheitssäfte von 30 Prozent der Belegschaft im Jahre 1923 auf 45 Prozent im Jahre 1924 und 48 Prozent im Jahre 1925. Es treten besonders Erkrankungen der jugendlichen Arbeitnehmer bis zum 20. Lebensjahr hervor. Hierüber schreibt Dr. C.:

Neben akuten tuberkulösen Fällen trat bei den jugendlichen Arbeitern, weil ihre entscheidenden Entwicklungsjahre in Kriegs- und Nachkriegsverhältnissen fielen, mit außerordentlicher Verkürzung gegenüber den Vorjahren Mangel an gesundheitlicher Widerstandsfähigkeit, selbst bei leichtlich anfallenden Krankheiten, zum Teil hochgradige Anämie (Ausarmut). Die Mäd. auf, zu deren Behandlung fortlaufende Lebertran- und Essigtoppon-Ausgaben erforderlich wurden.

Da die Arbeiterschaft trotz ungshener langer Arbeitszeit infolge der schlechten Entlohnung nicht in der Lage war, sich auch nur die notwendigsten Hilfsmittel in Krankheits- und Geburtsfällen zu beschaffen, sah sich die Firma veranlaßt, mit ihrer Fabrik-Wohlfahrtspflege Lindernd einzutreten. Den älteren Arbeitern wurde bei rheumatischen Erkrankungen Taschias usw. von der Firma als Weihachtsgabe reizvolle Unterwäsche gewährt. Diese Gewährung der Unterwäsche hat sich schon in der kurzen Zeit bis heute als günstig verhälten, somit die Arbeitsschafftkeit steigern, herausgestellt. Bei den Überausläden bildeten Wollzeugzwendung, Naturalien- und Nährmittel-(Emulsion)-Ausgabe, Hühnersonne den Gegenstand der Untersuchungsleistung.

Den Wöchnerinnen wurden Naturalien und Milch geschenkt, außerdem durch die Firma die Entbindungs kosten übernommen. Bei sonstigen schweren organischen Erkrankungen der Chefrau wurden jeweils angemessene Unterstützungen und Pflege-Hilfsleistungen gewährt.

Die Fürsorgerin hatte weiterhin die Aufgabe, die Entwicklung der Säuglinge und deren Ernährung sowie deren Gesundheitszustand zu überwachen. Hierüber sagt der Bericht von Dr. C.:

Bei Säuglingen zeigten sich im Laufe des Berichtsjahres als epidemische Erkrankungen Masern und Keuchhusten, außerdem Scharlach.

Bei den Säuglingen wurden weiter beobachtet Erkrankungen der Atmungsorgane und des Magendarmkanals. Recht drastisch trifft die siebzehnjährige Aussage, in der sich die rheinischen Papierarbeiter, besonders bei Geburtsfällen, befinden, hierzu, in den Ausführungen des Dr. C.:

Erschwerend fiel bei der Pflege erkrankter Säuglinge der Mangel an ausreichender Wäsche ins Gewicht, weshalb nach wie vor starke Verzögerung der Leibwäsche zu verzeichnen ist.

Doch bei derartigen traurigen Zuständen der Gesundheitszustand der Kinder nicht besser, sondern eher noch schlechter sein muß als der der Jugendlichen und Erwachsenen, heißt Dr. C. durch folgende Stelle gleichfalls hervor:

Neben den erwähnten Krankheitszunahme der jugendlichen Arbeiter äußert sich dies insbesondere bei den herauswachsenden Kindern, deren erste Lebensjahre in die Zeit der Erziehungsmittel fielen, die also heute etwa im Alter der beginnenden Pubertät stehen. Bei diesen wurde gelegentlich der Hausbesuch und monatlichen Wägungen und Streckmessungen häufig eine allgemeine schwache Körperkonstitution (Magergewicht bis zu 30 Prozent des normalen Gewichts) beobachtet. Die so geminderte Immunität verursachte Sorge wegen der Infektionsgefahr, hauptsächlich im Hinblick auf die nach allgemeinen Beobachtungen im Unternehmen befindliche Verbreitung der Tuberkulose, weshalb besondere Stärkungsmaßnahmen an die Angehörigen dieser Altersstufe erforderlich erschienenen. Außerdem war als erstenlicher Fortschritt in der Achtung auf die Überwindung der inneren Kriegsfolgen ein Rückgang der Zahl der an Syphilis und Nachfolge erkrankten Nachkriegsgeschorenen zu verzeichnen. Da die nervösen Erkrankungen der Kinder auch im Berichtsjahre an Häufigkeit nicht nachließen, wäre eine umfassendere Organisation der Unterbringung solcher bedürftigen Kinder auf dem Lande notwendig gewesen.

Die Firma versucht weiter, durch kostenlose Kartoffelieferung im Herbst, durch zeitweise Milchgestellung und besondere Verschärfung bei der Verteilung der Weihachtsgaben die Not der kinderreichen Familien zu lindern.

Den Arbeitsinvaliden der Firma wurden Wäsche, Nahrungsmittel und Hausrat geliefert. In einem Falle wußte die Firma sogar die Sargkosten übernehmen. In besonderen Fällen wurde den Invaliden eine Erhöhung der Vergütung gewährt.

Der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft des Betriebes und die von der Firma gewährten privaten Unterhaltungen geben aus der vorliegenden von Dr. C. dem Bericht der getätigten Zusammenstellung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1923 bis 1925 her vor:

	1923	1924	1925
1. Betriebskrankheit	422	418	519
2. Betriebsunfälle	3	5	3
3. Arbeitsunfälle	201	168	153
	48%	45%	50%
4. Lederarbeiter	2	4	5
5. Geburten	25	34	28
6. Arbeitslosigkeit bezogene Kinder	8	12	8
7. Mütterliche und Kleinkindern	28	30	70
8. Naturallienveränderungen	102	110	90

Die private Wohltrigkeit der Firma im Bericht. Doch ist der Arbeiterschaft mit der schönen Wohlfahrtspflege nicht im geringsten geholfen, wenn ihre soziale Lage, wie im Rahmen der rheinisch-westfälischen Papiererzeugungs-Industrie, durch verlängerte Arbeitszeit und unzureichende Löhne immer dieser herabgedrückt wird. Ausreichende Entlohnung lässt der Arbeiterschaft die Mittel, auch ohne die Beziehungen der gehörenden Klasse sich so zu ernähren, wie es kulturmenschlich kommt. Die Führung der schriftstellerischen Arbeitszeit würde der Arbeiterschaft ermöglichen, den Aufenthalt in freier Lust vorzeitig auszudehnen, daß die Grundheilzustand gehoben und im selben steckende Kompetenz an ihrem Ausdruck verhindert werden könnten. Das soziale Verbrechen der rheinisch-westfälischen Papiererzeugungs-Industriellen liegt aber gerade darin, daß sie mit Hilfe einer unmenschlich langen Arbeitszeit und durch Gewährung von zum Leben unzureichenden Löhnen die Gesundheit ihrer Arbeiter und das Glück der Arbeitersfamilien plausibel vernichten. Diese Wirkung geht deutlich auch aus dem Bericht des Dr. C. hervor. Bei Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeits- und Entlohnungswelle durch die rheinisch-westfälischen Papiererzeugungs-Industriellen wird auch der Wohlfahrtsbetrieb einiger Papiererzeugungs-Industrieller den geselligen, körperlichen und wirtschaftlichen Verfall der Papierarbeiterenschaft und ihrer Familien nicht verhindern können.

Weil aller Deutlichkeit lehrt aber der Bericht von Dr. C. die deutsche Papierarbeiterenschaft die Wirkungen der übermäßig langen Arbeitszeit und der schlechten Entlohnung. Er zeigt weiterhin deutlich, daß die deutsche Papierarbeiterchaft die Gestaltung ihrer eigenen Wirtschaftslage mehren, deshalb sollen sie von der Produktion in der deutschen Ziegel-Industrie ausgeschaltet und dafür billigere ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden. Gerade in der Ziegel-Industrie ist infolge der geringen Beschäftigung die Arbeitslosigkeit erschreckend groß. Im Lippe-Bereich sind dieses Jahr doch an nähernd 4000 Ziegeleiarbeiter ohne Beschäftigung. Aus allen Gegenden des Reiches wird berichtet, daß über die Hälfte der Betriebe die Produktion noch nicht aufgenommen hat und ein großer Teil in diesem Jahre wahrscheinlich nicht aufnehmen wird. Trotz dieser Tatsache gehen fortwährend Gesuche an die Landesarbeitsamter um Zulassung ausländischer Ziegeleiarbeiter. Zur Begründung wird angegeben, Mangel an Facharbeitern. In Wirklichkeit wollen die Herren Unternehmer nicht so hohe Löhne zahlen. Weil sich die deutschen Ziegeleiarbeiter gegen eine Verschlechterung ihrer keineswegs rosigsten Lebenslage wehren, deshalb sollen sie von der Produktion in der deutschen Ziegel-Industrie ausgeschaltet und dafür billigere ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden.

Ja, unsere Arbeitgeber sind nicht die Letzten, wenn es sich um Vaterlandsliebe, Patriotismus, nationale Belange usw. dreht, da kämpfen sie in vorderster Linie mit. Wenn sie aber ihren Profit in Gefahr bringen, sind Vaterlandsliebe, Patriotismus und all die schönen Dinge zum Teufel.

In Nr. 18 des "Proletariers" vom 1. Mai d. J. hatten wir eine Antwort des Ziegelei-Unternehmers Grewe auf die Frage eines Ziegeleibesitzers, welche Bedingungen bei der Anwerbung ausländischer Arbeiter erfüllt werden müssen, mitgeteilt. Diese Antwort zeigte, daß es auch unter den Arbeitgebern der Ziegel-Industrie weiße Nobs gibt, allerdings nur ganz vereinzelt, denn Bezirksguppen von Arbeitgeber-Verbänden der Ziegel-Industrie wenden sich an die Arbeitsmänner um Zulassung von ausländischen Arbeitern, unter anderen auch die Gruppe der rheinisch-westfälischen Ziegel-Industrie.

Eine ganze Reihe von Anträgen (etwa 35 fallen von ihr vorliegen) hat sie an das Landesarbeitsamt um Zulassung von holländischen Ziegeleiarbeitern gestellt. Weil — bitte nicht zu lachen — das Format der holländischen Steine ein anderes sei und die an der holländischen Grenze gebrochenen Steine nach Holland ausgeführt würden, braucht man die holländischen Ziegeleiarbeiter. Der wahre Grund ist, mit Hilfe der holländischen Ziegeleiarbeiter die Löhne zu drücken. Gerade im rheinisch-westfälischen Gebiet sind die Wirkungen der Wirtschaftskrise so schärfsten zu spüren. Die Arbeitslosigkeit hat dort eine Höhe erreicht wie kaum anderswo im Reich. Ein Mangel an Facharbeitern besteht im rheinisch-westfälischen Gebiet nicht. Auf unserem Bauern liegen eine ganze Reihe Schreiben von Facharbeitern aus der Ziegel-Industrie vor, die sich um Arbeit an die Bauarbeiten gemacht haben. Der Einwand, daß nur holländische Arbeiter gebraucht werden könnten, wegen des holländischen Formats, ist eben nur Ansiede, um die wahren Ziele zu verdecken. Soviel preist man so oft die Tüchtigkeit der deutschen Arbeit (die ja doch wohl die Arbeiterschaft und nicht etwa die Aktionäre leisten), und jetzt auf einmal sollen deutsche Ziegeleiarbeiter zu dumm sein, die Arbeit in den rheinisch-westfälischen Ziegeleien lassen zu können. Ist das deutsch, ist das national gedacht? Zum Tempel mit Deutscher, zum Tempel mit National; hier handelt es sich um unseren Profit, der steht uns höher als alle nationalen, vaterländischen Belange, werden die Arbeitgeber sagen. Wenn es nichts kostet, kann man sich an Idealen begeistern, sonst nicht. Der Menschheit ganzer Jammer nach jeden ernsten Menschen packt, wenn er sieht, mit welchen Mitteln andere Unternehmer glauben, das Wirtschaftsleben wieder ankurbeln zu können. Sorge mag jeden ergriffen, ob es mit solchen "Wirtschaftsführern" überhaupt möglich sein wird, die daniederliegende Wirtschaft wieder anzurichten.

Für die Arbeiterschaft, vor allen Dingen aber auch für die Ziegeleiarbeiter, müssen diese bauernden Verbündeten der Arbeitgeber, die Lage der Arbeiterschaft mehr und mehr zu verschlechtern, ein Ansporn sein, auch den letzten Mann der Organisation zu zuführen, damit eine Macht geschaffen wird, die es ermöglicht, einen so großen Druck auf Unternehmer und

## Judistrie der Steine und Erdien

### Walterlandsie und Patriotismus der Ziegeleibesitzer

Die Wirtschaftskrise in Deutschland hat den Kaufleuten den Raum gewaltig schwächen lassen. Sie, die nach Beendigung des Krieges froh waren, als die Gewerkschaften ihre Hilfe zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft nicht verloren, wollen jetzt die Gewerkschaften von der Arbeit an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgeschließen. Sie wollen wieder Herr im Hause sein. Da sie "soziales Verständnis", Weltlich im Wirtschaftsleben und sozialmöglich,

Behörden auszuüben, daß diese sich hätten werden, das Glück noch zu vergrößern durch Heranziehung von ausländischen Arbeitern, solange wir selbst noch geeignete Arbeitskräfte im Überfluss haben. In diesem Sinne zu wirken, das ist Patriotismus, ihr Herren „Arbeitgeber“ und „Wirtschaftsführer!“

W. M.

## Arbeiterkampf und Arbeitervermögen.

### Die neuesten Ergebnisse der Krankenversicherung.

In Nr. 7 der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sind die vorläufigen Ergebnisse der Krankenkassenstatistik im Jahre 1924 abgedruckt. Die bekanntgegebenen Zahlen lassen auch den Nichtsachmann die Bedeutung unserer Krankenversicherung erkennen. Aus dem umfangreichen Zahlenmaterial geben wir einige Ausschnitte, die einen genügenden Einblick in die Verhältnisse geben.

Insgesamt wurden 2,458 Millionen Erkrankungsfälle gezählt, davon entfielen auf:

Ortskrankenkassen	4,907 Millionen
Landkrankenkassen	0,527 Millionen
Betriebskrankenkassen	1,867 Millionen
Innungskrankenkassen	0,158 Millionen

Die Ortskrankenkassen haben entsprechend ihrer Bedeutung und Größe schon rein zahlenmäßig die meisten Unterstützungsfälle. Das trifft aber nicht im Verhältnis zur Mitgliederzahl zu, wie nachstehende Übersicht zeigt. Es entfiel auf:

24 Ortskrankenkassenmitglieder
38 Landkrankenkassenmitglieder
18 Betriebskrankenkassenmitglieder
23 Innungskrankenkassenmitglieder

je ein Erkrankungsfall.

Betriebs- und Innungskrankenkassen haben danach eine größere Krankheitshäufigkeit als die Ortskrankenkassen. Nur die Landkrankenkassen stehen anscheinend günstiger da. Das ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, die hier im Moment nicht interessieren. Die Belastung der Arbeitgeber und Versicherten muss nach diesen Ergebnissen bei Betriebs- und Innungskrankenkassen eine stärkere sein als bei Ortskrankenkassen. Wenn das nicht zutrifft, so bleibt nur die Annahme, daß der Ausgleich durch geringere Leistungen herbeigeführt wird.

Besonders interessant sind die Zahlen über die Ausgaben. Die Reinausgaben betragen danach bei den

Ortskrankenkassen	553,461 Millionen
Landkrankenkassen	50,059 Millionen
Betriebskrankenkassen	237,759 Millionen
Innungskrankenkassen	19,497 Millionen

Auf die einzelnen Ausgabeposten verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

in 1000 RM.

	Krankenhilfe	Wochenhilfe	Sterbegeld	Verwaltungskosten
Ortskrankenkassen	462 133	22 725	6 136	53 307
Landkrankenkassen	39 301	3 919	342	5 602
Betriebskrankenkassen	219 888	8 952	3 938	1 703
Innungskrankenkassen	16 369	445	256	2 079

Die Ortskrankenkassen marschieren auch hier an der Spitze. Dabei haben sie im Verhältnis zu den Reinausgaben die niedrigsten Verwaltungskosten gehabt. Diese betragen bei den

Ortskrankenkassen	9,59 %
Landkrankenkassen	11,19 %
Innungskrankenkassen	10,66 %

Die Betriebskrankenkassen schaffen hierbei an, da die persönlichen Verwaltungskosten vom Arbeitgeber getragen werden müssen. Der von vielen Seiten behauptete, aber unbewiesen gebliebene hohe Verwaltungsaufwand der Ortskrankenkassen ist danach beträchtlich geringer als der der Land- und Innungskrankenkassen. Es dürfte aus diesen Zahlen mit aller Deutlichkeit hervorgehen, daß die Ortskrankenkassen die billigste Kasseart sind.

## Gewerkschaftliche Nachrichten.

### Geldsammlungen für den englischen Generalstreik.

Der Bundesvorstand des ADGB hat in seiner Sitzung vom 7. Mai beschlossen, den Kampf in England auch finanziell zu unterstützen. Zu diesem Zweck erhalten die Ortsgruppen Sammelleistungen, die sofort in Umlauf gesetzt werden sollen. Alle für die „Englandhilfe“ eingehenden Geldbeträge sind zu senden an die Bank des Arbeiters, Angestellten und Beamten in Berlin, Postfachkontor 3898.

Kurz vor Redaktionsschluss ging die Nachricht ein, daß der Generalstreik beendet sei. Ob damit auch der Kampf der Bergarbeiter sein Ende gefunden hat, steht noch nicht fest. (11. Mai 1926)

### Gegen Verfassungsbrecher und Kriegsmacher.

Der Bundesvorstand des ADGB hat in einer Sitzung am 7. Mai folgende Protestbeschließung einstimmig angenommen:

Der Bundesvorstand erachtet somit der Millionen organisierten Arbeitnehmer einstimmig den eingeschlagenen Protest gegen die neue Fliegengemeindearbeit, die gegen den Raum und Morale der Bevölkerung die Normalkonjunktur wieder aufleben läßt und die Führe der Republik herabsetzen soll.

Dazu auf der Bekanntmachung dieses unverantwortlichen Strebens gewidmet ist Anstand begonnen wird, zeigt deutlich die Wucht, der deutschen Republik einen Schlag zu versetzen, und nach allmählig haben, daß das unheimlich eindrückende Verfahren des Raumes zu der Unzufriedenheit der Friedenspolitischen Deutschlands wieder zerstört wird.

Die Gewerkschaften haben durch ihre internationales Verbündungen in den letzten Jahren in hohem Maße dazu beigetragen, ein verantwortliches Verhältnis zwischen dem ehemals feindlichen Russland und dem deutschen Volke wieder herzustellen. Sie protestieren deswegen laut und eindringlich dagegen, daß ihnen durch die Gewerkschaft der Feindseligkeiten dieser Erfolg wieder vernichtet wird.

Gegenüber diesem Gerede der Regierung gebietet die Gewerkschaften uns weiter ihre unabdingbare Hilfe zur reibungslosen Verbindung des neuen Deutschlands und ihre reife Entschlossenheit, allen reaktionären Geistern die gleichgute Kraft der Arbeiterschaft entgegenzustellen.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Siehe a. M. Zu der vorausgesetzten Betriebsratswahl in der Schuhfabrik steht a. M. jetzt nach der Wahlzeitung einiges zu lesen. Die Beleidigung ist eindrücklich, wie dies Pflicht einer organisierten Arbeiterschaft ist, die gesetzliche Betriebsvertretung gewährt, ohne daß es jemals zu irgendwelchen Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft gekommen wäre. Im Jahre 1926 scheint mir die Betriebsleitung an der Spitze Herr Direktor Pöger, ja

der Ansicht gekommen zu sein, daß es für einen Betrieb nicht gut ist, wenn ein Betriebsrat gewählt wird, der die Interessen der Arbeiterschaft wahren wird. Herr Pöger hatte deshalb nichts Eiligeres zu tun, als wenige Stunden vor Ablauf des Wahlzeitung eine zweite Liste aufzustellen. Nach dem Grundsatz: „Wer Gott lobt, der Lied ich sing“, gelang es der Betriebsleitung, acht Kandidaten und fünf Vorschlagskandidaten aufzutreiben. Den Vogel abgeschossen hat aber die Betriebsleitung mit einem Flugblatt, welches an die gesamte Arbeiterschaft während der Arbeitszeit verteilt wurde und in dem die Behauptung aufgestellt wurde, die Hälfte der Arbeiterschaft sei unorganisiert, und da der bisherige Betriebsrat es abgelehnt habe, Unorganisierte zu vertreten, müsse es anders werden. Dies sei aber nur möglich, wenn die Liste 2, welche mit dem Namen Springmann beginnt, gewählt würde. Die Arbeiterschaft hat aber den Betriebsleitung und insbesondere dem Flugblatt dreier einen so kräftigen Denkanstoß verabfolgt, daß sie in Zukunft kuriert sein dürften, mit unwahren Behauptungen Wahlgeschäfte zu befreien. Von 48 Wahlberechtigten haben 430 abgestimmt; davon erhielt die Liste des Fabrikarbeiterverbandes 38,7 Stimmen, die Direktionsliste 38 Stimmen. 5 Stimmen waren ungültig. Dieses Wahlergebnis ist um so erfreulicher, weil jene, die sich bei der Betriebsleitung nicht genug anführen konnten, daß sie unorganisiert seien, in dem Wahl lebten, sie würden die Mehrheit im Betriebsrat erhalten. Der Betriebsleitung aber möchten wir den guten Rat geben, die Hebe unter der Arbeiterschaft einzustellen. Der Arbeiterschaft ist das Koalitionsrecht genau so geschützt geworden wie den Herren von der Papierindustrie. Well Direktor Pöger und der Syndikus der Papierindustrie sich im letzten Jahre in der Entstehungsphase des Betriebsratsvorstandes Kirrmann so unsterblich blamiert hatten, Lohn und sämtliche Prozesskosten bezahlen mussten, glaubten sie, sich an der Organisation rächen zu können. Die Arbeiterschaft weiß, was ihr droht hätte, wenn sie auf den Leim gekrochen wäre. Sie hat die geradezu miserable Behandlung durch gewisse Vorgesetzte nicht vergessen. Arbeiter, die dreißig und mehr Jahre im Betrieb sind, wurden als Idioten bezeichnet. Der Kaffernhofstorf war die Umgangssprache. Der Betriebsratsvorstand Kirrmann wurde auch deshalb entlassen, weil er sich wiederholt gegen Ungehorsamekeiten zur Wehr setzte. Herr Pöger hat schon des öfteren Arbeiter bestraft, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des BAG zu beachten. Auch Akkordlohnabduzierungen nimmt er vor, ohne auf der Belegschaft und der gesetzlichen Vertretung zu handeln. Wir wissen nicht, ob diese Handlungen alle im Einverständnis mit dem Besitzer des Werkes, Herrn Direktor Schmidt, erfolgen. Eins aber möchten wir, Herrn Schmidt dringend empfehlen, dafür zu sorgen, daß seitens der Werkleitung die Hebe gegen die organisierte Arbeiterschaft, welche die erdrückende Mehrheit ist, eingeffeuelt wird, sonst könnte sich dieses einmal bitter rächen. Herr Schmidt hat ancheinend die Zeit der Matschverschiebung von Kehl im Jahre 1918 schon vergessen. Nur der organisierte Arbeiterschaft hat er es zu verdanken, daß er heute noch am Leben ist. Wir fühlen uns verpflichtet, dies Herrn Schmidt wieder in Erinnerung zu bringen. Und Ihr, Kollegen, lernt aus diesen Vorgängen und haut eure Organisation noch besser an, als dies schon der Fall ist. Ein Teil dieser 38 sind keine Gegner der Organisation, sondern lediglich unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse den irrtigen Weg gegangen. Sie aufzuklären und der Organisation zuzuführen, muß vornehmste Aufgabe der Kollegen sein. Darauf hinzuweisen wollen wir auch noch, daß es Pflicht der ganzen Belegschaft ist, den neu gewählten Betriebsrat nach besten Kräften zu unterstützen. Nur so werden wir in der Lage sein, die Ungerechtigkeiten und Drangsalierungen zu beseitigen, und schließlich werden auch jene Kreise sich bequemen müssen, die Arbeiter als Menschen zu behandeln.

König. Jahresbericht 1925. In der am 20. Februar abgehaltenen Betrieferversammlung erschaffte Kollege Hertwig den Geschäftsbuch vom Jahre 1925. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung war eine sehr vielseitige. Auf allen Gebieten ist versucht worden, voran zu kommen. Die Jugendgruppe im Verbande wurde gegründet, die gegenwärtig 80 Mitglieder zählt. Im Berichtsjahr fanden 1275 Verhandlungen, Sitzungen und Versammlungen der verschiedenen Art statt. Die gesamten Lohn erhöhungen betrugen 8 575 000 Mk. pro Jahr. Im Arbeitseminar für Wirtschaft und Sozialwirtschaft hatten wir damals 20 bis 25 Besucher. Ein Vortragszyklus über Naturerkennnis war durchschnittlich von 60 Teilnehmern besucht. Die Zahl der Mitglieder hat sich um 160 erhöht und betrug am Schlusse des Jahres 2500 männliche und 1860 weibliche, insgesamt 4360 Mitglieder, 160 Prozent mehr gegenüber der Vorkriegszeit. Die Zahl der Beschäftigten ist durch Betriebsstilllegungen und Einschränkungen um 5250 zurückgegangen. Die Mitgliederzahl und ihre Zunahme kann als befriedigend angesehen werden, wenn man den ungünstlichen Anfang der Aufraktion und die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit (47 250) berücksichtigt. Die Aufraktionserregung wurde dadurch dauernd gehemmt und ist seit dieser Zeit noch nicht überwunden. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 102 633,71 Mk., die Ausgaben 63 893,71 Mk. Der Hauptkasse wurden 36 800 Mk. überwiesen. Gegenüber dem Jahre 1924 haben sich die Einnahmen um 150 Prozent erhöht. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 13 500 Mk. gegen 3100 Mk. im Jahre 1924. Die alte Ortsverwaltung wurde wieder gewählt, neu hinzugewonnen wurde der Kollege Bürggenold von der Sektion der Steine und Eisen und der Kollege Kreidels von der Margarine-Industrie. In den Gauvorstand wurde der Kollege Bernhard Röder gewählt. Der gute Verlauf der Versammlung bringt dafür, daß auch im Jahre 1926 die Zahlstellen die Krise ohne großen Mitgliederverlust überwinden wird. P. Hertwig.

## Jugendbewegung.

### Fahrt preisermäßigung für Jugendliche.

In unserer 1. bezüglichen Ausgabe in der Nr. 20 des „Proletariers“ ist berichtigend nachgetragen, daß es im letzten Absatz, Zeile 6, heißen muß: „Seither hatte die Reichsbahn in ihrer rigorosen Einstellung die Ermäßigung um 33 Prozent herabgesetzt.“ Dieser Satz bezieht sich also auf den jetzigen Zustand. Gegenwärtig beträgt der Fahrtpreis für Jugendliche die Hälfte, also 50 Prozent des Normalpreises.

## Rundschau.

### Die „Gespler“.

Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensförderung ist am 8. Mai in Düsseldorf eröffnet worden. Diese Ausstellung bringt eine unendliche Fülle von Ausstellungsmaterial auf den geweihten Gebieten, und man fragt sich, ob es denn überhaupt noch etwas geben kann, was nicht in den Bereich der Bevölkerungen resp. der Ausstellungen gepasst werden ist. Mehr als sonst eine Ausstellung ist die Düsseldorfer im vollen Sinne des Wortes dem Menschen gewidmet. Es ist der Mittelpunkt all der Dinge. Bei anderen Ausstellungen kommt der Mensch erst in zweiter, dritter oder noch entfernterer Linie als Bezugspunkt. Hier jedoch steht er in einer ersten Stelle. Alles, was dem Menschen dienbar ist in bezug auf Gesundheit, Kraft, Schönheit, Freude, Gemüth, Lehrreiches usw., auf der „Gespler“ ist es zu finden.

Auch die Arbeiterschaft hat die Gewerkschaften haben ein großes Interesse an der Ausstellung. Sie haben ja auch ausgesetzt, hat doch der ADGB ein eigenes Ausstellungshaus. Ilse ist Verband ist gleichfalls vertreten und es ist an unseren Mitgliedern Gelegenheit gegeben — soweit sie vielleicht während ihrer Ferien nach Düsseldorf kommen können —, sich einzusehen zu verschaffen in Gebiete, die ihnen noch wenig erschlossen sind. Für Gewerkschaftsmitglieder ist eine Preisermäßigung gewährt. Die Eintrittskarte kostet 1 Mark, erhältlich im Auskunftsgebäude des Fabrikarbeiterverbandes, Düsseldorf. Wallstraße 10, 3. Et. Für Unterkunft ist reichlich ge-

sorgt. Auf der Ausstellung selbst ist für 60 Pf. ein gutes Mittagessen erhältlich. Wer also von unseren Mitgliedern die Ausstellung besuchen will, der wende sich an unser Verkehrsbüro.

## Auswanderung der Facharbeiter nach den Vereinigten Staaten.

Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ist bekanntlich außerordentlich eingeschränkt. Bedenklich ist aber der Umstand, daß sich innerhalb der in den Vereinigten Staaten angestammten Einwanderung eine auffallend große Anzahl von Facharbeitern befindet. So sind von den 20 000 Auswanderern, die im Monat Februar nach den Vereinigten Staaten kamen, etwa ein Viertel Facharbeiter, während früher bekanntlich überwiegend ungeliebte Arbeiter auswanderten. Drei Viertel dieser Auswanderer sind zwischen 16 und 44 Jahre alt, also im produktionsfähigen Alter, und auffallenderweise befinden sich unter ihnen dreimal so viel Männer als Frauen. Die deutschen Auswanderer stehen zahlenmäßig an der Spitze mit 3244 Auswanderern im Februar, mehr als die Zahl der Auswanderer aus England, Irland, Belgien, Frankreich, Dänemark und der Schweiz zusammengekommen. Durch das Abstromen von Facharbeitern verliert das Auswanderungsland wertvolle Arbeitskräfte, deren Ausbildung große Zeit- und Geldopfer gekostet hat. Somit bedeutet die Auswanderung von Facharbeitern auch einen empfindlichen Kapitalverlust für das Auswanderungsland.

## Verbandsnachrichten.

### Die 9. Tagung des Verbandsbeirates.

Zum Bericht über die Tagung des Verbandsbeirates in der Nr. 19 des „Proletariers“ ist berichtigend nachgetragen, daß die Kommissionsvorlage zur Beitragsregelung nicht einstimmig, sondern gegen drei Stimmen (Diblick, Küller, Schwanting) angenommen worden ist. Dem Wunsch eines der drei Genannten entsprechend, sei dies hier nachgefragt.

## Abrechnung der Hauptkasse

4. Quartal 1925.

Einnahme	A	B
Anfangsbestand 3. Quartal 1925	684 132	29